

Anrühige Geschäfte und unbequeme Migranten

Natürliche Ressourcen, ethnische Minderheiten und Migration zwischen Burma und Thailand

von Reiner Buergin

*Nationalstaaten prägen mit ihren Grenzziehungen, ihrer territorialen Ver-
einnahmung des Landes und ihren Modernisierungsprozessen die moder-
ne Migrationsproblematik. Die Erschließung und Ausbeutung natürlicher
Ressourcen für die »nationale Entwicklung« und private Profitinteressen ist
eine wichtige Ursache freiwilliger und erzwungener Migration. Indigene
Minderheiten sind von diesen Interessen an natürlichen Ressourcen häufig
in besonderem Maße negativ betroffen.*

Modernisierung und Migration in Thailand

In Thailand erfolgten Migrati-
onsbewegungen in der zweiten Hälfte
des 20. Jahrhunderts überwiegend
im Zusammenhang der ökonomi-
schen Modernisierung des Landes.
Viele der hier im Vordergrund stehen-
den Entwicklungen wie etwa die per-
manente Migration vom Land in die
Städte, saisonale Arbeitsmigration,
die Prostitutionsmigration in Städte
und Touristenzentren oder die Migra-
tion von Thai als Gastarbeiter ins
Ausland, lassen sich auch in vielen
anderen so genannten Entwicklungslän-
dern beobachten. Seit den 1990er
Jahren wird Thailand darüber hinaus
zunehmend auch als Arbeitsplatz für
Gastarbeiter aus den Nachbarländern
interessant. Die ca. zwei Millionen le-
galen und illegalen burmesischen
Gastarbeiter — teils angezogen von
den ökonomischen Chancen in Thai-
land, teils auf der Flucht vor Men-
schenrechtsverletzungen und Verfol-
gung in Burma — haben sich in
Thailand inzwischen zu einem nationa-
len Problem entwickelt. Als billige
und weitgehend rechtlose Arbeitskräf-
te sind sie einerseits auf dem Ar-
beitsmarkt begehrt, andererseits sind
sie aber auch ständig formellen und
informellen Deportationen nach
Burma ausgesetzt, nicht selten auf-

grund öffentlich geäußerter Kritik am
burmesischen Militärregime.

Der vermutlich größte Migra-
tionsprozess im modernen Thailand
erfolgte im Zuge der Erschließung der
peripheren Gebiete des Landes für
den extensiven exportorientierten
Cash-Crop-Anbau und die Versor-
gung der wachsenden Bevölkerung.
Dieser Prozess der Neulanderschlie-
ßung, der in den 1960er und 1970er
Jahren die Grundlage der rapiden
ökonomischen Entwicklung des Lan-
des bildete, ging einher mit der Aus-
beutung der natürlichen Ressourcen
der peripheren Gebiete, insbesonde-
re Holz, Wasser und Erze. Profiteure
dieser »Entwicklung« waren oft weni-
ger die an der Erschließungsfront
migrierenden Thai-Bauern und Bäue-
rinnen, als vielmehr Kreditgeber, ein-
flussreiche Politiker und Militärs, den-
nen es häufig gelang, die Bauern in
Abhängigkeit und das neu erschlos-
sene Land in ihren Besitz zu brin-
gen.

Für die ethnischen Minder-
heiten der Berggebiete, die dort bis in
die 1960er Jahre hinein fast alleine
und weitgehend unbehelligt vom
thailändischen Staat siedelten, waren
diese Entwicklungen überwiegend
problematisch. Mit dem wachsenden
Interesse des Staates an den Res-
sourcen der peripheren Gebiete und
der Migration ethnischer Thai in die
Berggebiete — wo sie inzwischen die
Bevölkerungsmehrheit bilden —, ge-

rieten die Lebensräume der ethni-
schen Minderheiten und die für ihre
Subsistenz benötigten Ressourcen
ebenso wie ihre Lebensweise zu-
nehmend unter Druck.

Ab den späten 1950er Jah-
ren bestimmten zunächst Umsied-
lungs- und Assimilationsprojekte im
Kontext der Bekämpfung des Opiu-
manbaus und des kommunistischen
Widerstands die staatliche Politik ge-
genüber den Minderheiten der Berg-
gebiete. Die großen Staudammbau-
ten gingen ebenfalls oft zu deren La-
sten. Im Zuge der Bauarbeiten mi-
grierten Thai aus anderen Regionen
als Arbeiter in das Baugebiet, wo sie
sich ansiedelten, während die Flu-
tung der Stauseen lokale Bevölkerun-
gen — oft ethnische Minderheiten
— zur Aufgabe ihrer Siedlungsgebie-
te zwangen.

Die Einrichtung eines nationa-
len Systems von Naturschutzgebie-
ten, die seit Mitte der 1980er Jahre
verstärkt voran getrieben wird, be-
droht die Subsistenzgrundlage und
kulturelle Identität der ethnischen
Minderheiten der Berggebiete in noch
größerem Umfang. Die Schutzgebiete
sollen über ein Viertel der gesamten

*Der Autor ist Ethnologe und arbeitet
mit Gruppen der ethnischen Minder-
heit der Karen im Thung Yai Naresuan
Wildschutzgebiet und Weltnaturerbe
an der thailändisch-burmesischen
Grenze.*

Landesfläche umfassen und von menschlicher Besiedlung möglichst frei gehalten werden. Die hierfür vorgesehenen Flächen decken sich weitgehend mit den Siedlungsgebieten der in den Wald- und Berggebieten lebenden Minderheiten. Soweit sie noch nicht umgesiedelt oder vertrieben wurden, werden deren traditionelle Land- und Waldnutzungsformen durch Forstverwaltung und Militär immer mehr eingeschränkt, während sie gleichzeitig als ›Sündenböcke‹ für die im Zuge der Modernisierung erfolgte rapide Entwaldung des Landes erhalten müssen.

Bürgerkrieg und Ressourcenkontrolle in Burma

Während Thailand durch die Erschließung der peripheren Landesteile in den 1960er und 1970er Jahren die wirtschaftliche Modernisierung vorantrieb und in den 1980er und 1990er Jahren deren ökologische Kosten vor allem zu Lasten der ethnischen Minderheiten der Berggebiete abzurechnen versuchte, befand sich die burmesische Staatsmacht — seitdem das Land 1948 seine Unabhängigkeit erlangt hatte — die meiste Zeit in kriegesischen Auseinandersetzungen mit vielen der in den Randgebieten des Landes lebenden ethnischen Minderheiten oder Nationalitäten, die überwiegend kulturelle und politische Selbstbestimmung fordern.

Obwohl die verschiedenen ethnischen Widerstandsgruppen seit 1948 stetig Territorium an die burmesische Zentralmacht abgeben mussten, änderte sich das Kräftegleichgewicht bis in die späten 1980er Jahre hinein nicht grundlegend. Während das burmesische Militär im Wesentlichen die Zentralebene, die Verwaltungszentren der halbautonomen Minderheitengebiete und wichtige Verkehrsverbindungen kontrollierte, konnten die Widerstandsgruppen ihre Territorien in den bergigen Randgebieten behaupten und zum Teil autonom verwalten. Damit waren dem burmesischen Regime allerdings große Gebiete mit bedeutenden natürlichen Ressourcen nicht zugänglich. Darüber hinaus wurde ein erheblicher Teil des Handels zwischen Burma und den Nachbarländern von den ethnischen Minderhei-



Foto: R. Buegrin

Im Mon-Staat in Burma wird Holz für Thailand abtransportiert.

ten kontrolliert und für die Finanzierung des Widerstands genutzt.

Die Minderheiten, die die Gebiete entlang der thailändischen Grenze kontrollierten — verschiedene Karen Gruppen, sowie Mon, Shan und Wa -, waren als Puffer gegenüber möglichen territorialen Interessen Burmas über Jahrzehnte hinweg ›natürliche‹ Verbündete Thailands. Erst Ende der 1980er Jahre änderte sich dies aufgrund verschiedener Entwicklungen in Burma und Thailand, die zu einer deutlichen Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Militär und ethnischem Widerstand in Burma führten.

Einträchtige Ressourcenausbeutung und anrühige Kooperationen

Nach Massendemonstrationen für Demokratie in ganz Burma im August 1988, die durch das Militär brutal niedergeschlagen wurden, übernahm im September 1988 ein Gremium von Generälen die Macht, das sogenannte *State Law and Order Restoration Council* (SLORC). Die aus der Demokratiebewegung hervorgegangene *National League for Democracy* (NLD) erzielte in den Wahlen von 1990 zwar einen überwältigenden Sieg, die Regierungsübernahme wurde ihr von SLORC aber unter dem Vorwand einer fehlenden Konstitution verwehrt. Bis heute werden Parteimitglieder inhaftiert, gefoltert und ermordet, wird die Parteiführerin Aung San Suu Kyi immer wieder unter

Hausarrest gestellt oder mit Ausweisung bedroht. Die Machtübernahme durch SLORC brachte jedoch insofern eine entscheidende Wende, als wirtschaftliche und militärische Interessen der Militärjunta zu einer selektiven Öffnung Burmas gegenüber den Nachbarländern führte.

Zur selben Zeit setzte das Nachbarland Thailand als angehender neuer ›Tiger‹ Südostasiens zum Sprung an. 1988 startete Premierminister Chatchai Choonhavan seine ›battlefields to markets‹ Offensive mit dem Ziel, Konflikte mit den Nachbarländern zu beenden und den Zugang zu deren Ressourcen und Märkten zu öffnen. Ins Blickfeld thailändischer Interessen waren insbesondere die noch weitgehend ungenutzten Holzressourcen der Nachbarländer gerückt. In den 1980er Jahren war das Bewusstsein für den Raubbau an den eigenen Wäldern und die damit verbundenen Probleme gewachsen. Nach verheerenden Landrutschen Ende 1988, die zahlreiche Menschenleben forderten, hatte sich die Regierung Anfang 1989 gezwungen gesehen, ein Holzeinschlagsverbot zu erlassen. Seither muss der Holzbedarf Thailands weitgehend aus Importen gedeckt werden.

Vor diesem Hintergrund besuchte der damalige Oberbefehlshaber der thailändischen Armee General Chavalit im Dezember 1988 als erster ausländischer Staatsgast nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung Burma. Ertrag des Besuchs waren großzügige Holzeinschlags- und Fischereikonzessionen für verschiedene Firmen, die im

Besitz oder in Verbindung zu führenden thailändischen Militärs und Politikern standen. Als ›Gegenleistung‹ wurden mehrere hundert burmesische Studenten, die als politische Flüchtlinge in Thailand Zuflucht gesucht hatten, nach Burma zurückgeschickt.

Die Devisen aus diesen Geschäften wurden von der burmesischen Militärregierung vor allem in die Verstärkung und Modernisierung des Militärs gesteckt, was zu einer deutlichen Verschiebung des Kräftegleich-

auf die ethnischen Minderheiten Burmas, Waffenstillstandsverhandlungen mit der burmesischen Militärregierung aufzunehmen. Inzwischen haben die meisten Gruppen Waffenstillstandsabkommen mit dem Militär vereinbart, was für die Eliten der ethnischen Gruppen nicht selten durchaus lukrativ ist, indem sie von dem in den ›befriedeten‹ Gebieten möglichen Holzeinschlag mit profitieren, der seit Ende der 1990er Jahre vor allem nach China geht.



Foto: R. Buergin

Ethnische Karen in einem Flüchtlingslager in Thailand

gewichts zwischen Militär und ethnischen Widerstandsgruppen führte. Darüber hinaus konnte das burmesische Militär nun auch auf die Unterstützung Thailands zählen. Die für den Holztransport gebauten Allwetterstraßen verbesserten den Zugang zu den von ethnischen Minderheiten kontrollierten Gebieten und ermöglichten es dem Militär, die Kämpfe auch in der Regenzeit fortzusetzen. Die zur Festlegung der Konzessionsgebiete durchgeführten Luftaufklärungen ließen sich auch zur Aufklärung der von den Karen kontrollierten Gebiete nutzen. Darüber hinaus konnten burmesische Truppen in den 1990er Jahren, bei ihren Angriffen auf die im Grenzgebiet zu Thailand liegenden Hauptquartiere der Karen, verschiedentlich thailändisches Territorium nutzen, ohne auf nennenswerte Reaktionen des thailändischen Militärs zu stoßen.

In der Folge verloren die Karen Mitte der 1990er Jahre alle ihre Hauptstützpunkte und die Kontrolle über große Teile des Karen-Staates Kawthoolei. Gleichzeitig wuchs der Druck der thailändischen Regierung

Unbequeme Flüchtlinge in Thailand

Verlierer dieser einträchtigen Geschäfte sind die Menschen, die diesen Interessen an den Ressourcen ihrer Lebensräume im Wege stehen. Von Mitte der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre mussten über 80.000 Karen nach Thailand fliehen. Weitere 30.000 flüchteten im Zuge der SLORC Offensive von 1997, die unmittelbar nach einem hochrangigen Treffen zwischen burmesischen und thailändischen Militärs erfolgte und dazu diente, die letzten von den Karen entlang der thailändischen Grenze kontrollierten Gebiete unter die Kontrolle des burmesischen Militärs zu bringen. Ungeachtet der Umbenennung SLORCs in das *State Peace and Development Council* (SPDC) im November 1997, suchen Menschen aus dem Grenzgebiet bis heute Zuflucht in Thailand, wo inzwischen über 140.000 Flüchtlinge in Lagern entlang der burmesischen Grenze leben. Ihre Erzählungen so-

wie zahlreiche Berichte des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen und anderer Menschenrechtsorganisationen lassen keine Zweifel an den massiven Menschenrechtsverletzungen durch das burmesische Militär, die von Plünderung und Brandschatzung über Deportation, Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierung bis zu Vergewaltigung, Folter und Mord reichen.

Nach der Flucht unter schwierigsten Bedingungen können sich die Flüchtlinge in Thailand keineswegs sicher fühlen. Während der Offensive im Frühjahr 1997 kam es zu Zwangsrepatriierungen in Kampfgebiete durch das thailändische Militär und zu Überfällen auf die im Grenzgebiet liegenden Flüchtlingslager von Burma aus. Die unter den Flüchtlingen weit verbreitete Angst, in die nun vom burmesischen Militär kontrollierten Gebiete zurückgeschickt zu werden, ist nicht unbegründet. Die Waffenstillstandsverhandlungen der Karen National Union mit dem burmesischen Militär Anfang 2004, die kurz darauf scheiterten, hatten in Thailand die Forderungen nach Abschiebung kräftig geschürt, und die thailändische Regierung macht kein Geheimnis aus ihrem Interesse an der schnellen Repatriierung der Flüchtlinge. Deren Status ist nicht zuletzt deshalb prekär, weil Thailand die Genfer Flüchtlingskonvention bisher nicht unterzeichnet hat und die Unterstützung der Flüchtlinge durch das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und internationale Hilfsorganisationen umstritten und schwierig ist.

Vertreibungen und internationale Entwicklungsprojekte

Noch weniger Aufmerksamkeit und Unterstützung als die Flüchtlinge in Thailand erhalten die über eine halbe Million ›Internally Displaced Persons‹ (›Intern Entwurzelte‹), die allein im Osten Burmas, in den Kampfgebieten an der Grenze zu Thailand, heimatlos geworden sind. Die Vertreibungen begannen bereits Mitte der 1960er Jahre im Zusammenhang der sogenannten ›Four Cuts Policy‹ des burmesischen Militärs, die darauf abzielt, die ethnischen Widerstandsgruppen von der Versorgung mit Vorräten, Finanzen,

Informationen und Rekruten abzuschneiden. Bis heute werden hierfür Dörfer zerstört und Dorfbewohner in die vom Militär kontrollierten Gebiete umgesiedelt. Um sich Zwangsumsiedlungen, der Erpressung von Abgaben, willkürlichen Bestrafungen, Vergewaltigungen oder der Zwangsarbeit als Träger und »Minenräumer« zu entziehen, fliehen viele Dorfbewohner in die Wälder, wo sie in den »Free Fire« Zonen als Rebellen gelten und ohne weiteres erschossen werden können.

Vertreibungen erfolgen aber nicht nur aus militärstrategischen Gründen. Burma ist reich an natürlichen Ressourcen und hat Thailand nicht nur Holz zu bieten. Mitte der 1990er Jahre — in der Regierungszeit des thailändischen Premierministers General Chavalit, der als Oberbefehlshaber des Militärs 1988 bereits das Holz-Geschäft mit Burma abwickelte — ließen sich mit der Erschließung der Yadana und Yetagun Gasfelder in Burma neue lukrative Kooperationen in Angriff nehmen. Die Gaslieferungen aus dem Golf von Martaban nach Thailand, unter maßgeblicher Beteiligung der französischen Firma TOTAL, der US-amerikanischen UNOCAL und der britischen PREMIER OIL, sind inzwischen eine der wichtigsten Devisenquellen Burmas.

Bereits Anfang der 1990er Jahre hatte SLORC den Korridor für die durch Gebiete der Mon und Karen nach Thailand führende Pipeline militärisch freigeräumt. Seither sichert sie die Pipeline — im Auftrag der internationalen Ölfirmen — unter Einsatz von Zwangsarbeit und Repression. Das Verhalten des thailändischen Militärs während der »vorbereitenden« Aktionen legt nahe, dass diese in enger Absprache zwischen burmesischem und thailändischem Militär erfolgten, bis hin zu Deportationen von Flüchtlingen aus dem Pipeline Korridor auf thailändischer Seite durch thailändisches Militär.

Neben dem Gas-Projekt gibt es zahlreiche weitere ambitionierte Pläne thai-burmesischer Kooperation mit vermutlich negativen Folgen für die im Grenzgebiet lebenden ethnischen Minderheiten. Unter ökologischen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten vermutlich am problematischsten sind die geplanten großen Staudämme am bisher weitgehend unverbauten Salween, der

zeitweise Grenzfluss zwischen den Ländern ist. Sie sollen insbesondere der Stromversorgung Thailands dienen und haben bereits in der Planungsphase erhebliche negative Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung, vor allem Karen und Shan. Seit Beginn der 1990er Jahre sollen bereits über 50.000 Menschen aus den für die Dämme vorgesehenen Gebieten vertrieben und über 200 Dörfer zerstört worden sein. Im Zuge einer Offensive des burmesischen Militärs

ethnischen Gruppen ist oft problematisch und ihr Status als Staatsbürger häufig umstritten. Staatliche und private Interessen an den Ressourcen ihrer Lebensräume werden nicht selten mittels Vertreibungen durchgesetzt, nicht nur in Südostasien, sondern weltweit.

Freiwillige wie unfreiwillige Migration hat im Zuge wirtschaftlicher Globalisierung und zunehmender Ressourcenkonflikte weltweit zugenommen. Die territorial omnipräsentes



Foto: R. Buegrin

Karen-Flüchtlinge aus dem Karen-Staat in Burma

im November 2004, zur Sicherung der Zufahrtsstraßen zum Dammbaugebiet, sollen an die 10.000 Menschen vertrieben worden sein. Weitere Vertreibungen im Zuge des Dammbaus und der späteren Überflutungen sind absehbar, sollte das Projekt verwirklicht werden.

Ressourcenausbeutung, indigene Minderheiten und Migration

Der für Burma und Thailand skizzierte Zusammenhang zwischen der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Vertreibung indigener Minderheiten ist kein Ausnahmefall. Alle Staaten Südostasiens bzw. deren »Eliten« sind an der Erschließung der natürlichen Ressourcen der peripheren Gebiete interessiert und kommen damit in der Regel auch »internationalen Interessen« entgegen. Diese Gebiete sind überwiegend Lebensräume indigener und ethnischer Minderheiten, die meist von der Nutzung der lokalen Ressourcen abhängig sind. Ihr Verhältnis zu den staatstragenden

ten modernen Nationalstaaten sind hierbei nicht nur Orte der Migration, sondern auch wichtige Akteure und Ursache von Migrationsbewegungen, nicht zuletzt im Rahmen ihrer Modernisierung und ökonomischen Entwicklung. Die Situation indigener Minderheiten ist in diesem Zusammenhang meist besonders problematisch, da sie modernen Entwicklungskonzeptionen oft distanziert gegenüber stehen, häufig eine besonders starke Bindung an ihre lokalen Lebensräume aufweisen — die Grundlage ihrer Subsistenz und Identität sind —, sich als marginalisierte gesellschaftliche Gruppen aber in der Regel nur schwer gegen Übergriffe und Vertreibungen zur Wehr setzen können. Ihre Situation erfordert in besonderem Maß die Aufmerksamkeit und Initiative kritischer nationaler und internationaler Öffentlichkeit, um internationale Standards der Rechte von indigenen Gruppen und Flüchtlingen sowie allgemeine Menschenrechte gegen staatliche Willkür und individuelle Profitinteressen durchzusetzen. ●